

Die DDR in den fünfziger und sechziger Jahren

Der Volksaufstand des 17. Juni 1953

■ Voraussetzungen

- **Wirtschaftliche Situation**
 - Belastung durch Militarisierung des Landes
 - Lebensmittelrationierung
 - Justizterror gegen angebliche Wirtschafts-verbrecher
- } Rückstand der Wirtschaft im Vergleich zu Westdeutschland
↓
verstärkte **Flucht** in den Westen
- **Reaktion des Staates** ←
 - verschärfte Repression
 - Propagandakampagne zur freiwilligen Erhöhung der Arbeitsleistung
 - Erhöhung der Arbeitsnormen um 10 % (Mai 1953)
 - jedoch „**Neuer Kurs**“ (auf sowjetischen Befehl)
 - Liberalisierung
 - jedoch keine Rücknahme der Normerhöhung

■ Ereignisse des 17. Juni 1953

- **Auftakt:** Proteste der Bauarbeiter der Ost-Berliner Stalinallee gegen die Normerhöhung

Stalinallee: ideologisch begründete Prachtstraße in Berlin

- überdimensionierte Straße für sozialistische Aufmärsche und Demonstrationen („Magistrale“)
- Verbindung von Wohn- und Repräsentationsfunktion
- sozialistischer Realismus, Zuckerbäckerstil

- **Ausweitung**
 - Streikwelle
 - landesweiter Aufstand gegen die SED
 - Demonstrationen
 - Besetzung öffentlicher Gebäude, von Parteibüros
 - Befreiung von Häftlingen
- } **Forderungen** der Aufständischen:
- Rücknahme der Normerhöhung
- freie Wahlen
- Sturz der Regierung
- Wiedervereinigung
- **Gegenmaßnahmen** durch die sowjetische Besatzungsmacht
 - Ausrufung des Kriegsrechts
 - Niederschlagung des Aufstandes durch Panzer – viele Tote
 - Todesurteile durch sowjetische Militärtribunale
 - Verhaftungen, Deportation in Zwangsarbeitslager

■ Bedeutung

- * **Schlüsselereignis:** erster Aufstand im Ostblock mit langdauernder Wirkung
 - * Interpretation seitens der SED als „faschistischer Putsch“
 - * **Angst der SED vor der Bevölkerung** → Perfektionierung des Sicherheitsapparates
 - * **moralischer Gewinn** für die friedliche Revolution in der DDR 1989
- } **unvollendete Revolution mit Langzeitwirkung**

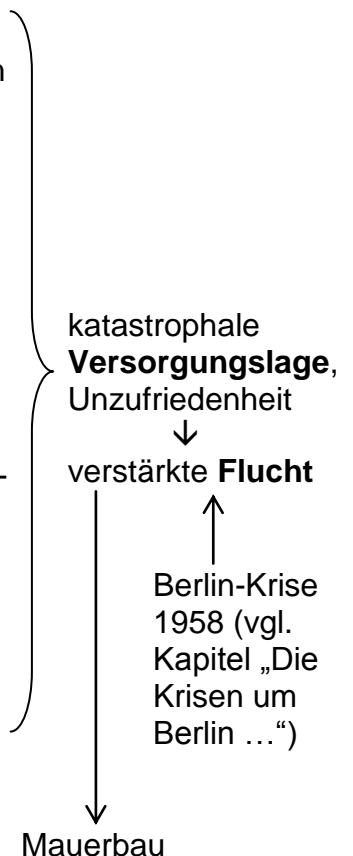
Die innere Entwicklung der DDR in den fünfziger Jahren

■ planmäßiger Aufbau des Sozialismus (ab 1952)

- **Zentralisierung** der Staatsmacht
 - Auflösung der Länder, Schaffung von Bezirken
 - Ausbau von Partei- und Sicherheitsorganen
 - verstärkte Indoktrination
- Kampf gegen die evangelische **Kirche**
- Ausbau der Volkseigenen Betriebe, Vernichtung der kleineren Privatbetriebe
- **Industrie**
 - einseitige Förderung der Schwerindustrie
 - Vernachlässigung der Konsumindustrie, damit der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern
- **Kollektivierung** der Landwirtschaft (siehe unten)
- Aufbau einer **Armee**
 - zunächst als „Kasernierte Volkspolizei“
 - ab 1956 als „Nationale Volksarmee“
 - zwar **vorübergehende Verbesserung der Lebensverhältnisse** durch konsumfreundliche Wirtschaftspolitik
- jedoch dadurch verstärkte Durchführung des geplanten Aufbaues des Sozialismus

■ Kollektivierung

- **Landwirtschaft:** Zwang zum Eintritt in die LPG durch
 - Zweck: **Rationalisierung** (z. B. Maschineneinsatz auf großen Parzellen)
weniger Arbeitszeit der Landarbeiter
bessere politische Kontrolle durch Partei (SED) und Staat
 - **ideologische Ziele:** Kollektiv ist höherwertig als Individuum
Gleichstellung der Bauern mit Industriearbeitern
Trennung von Wohn- und Arbeitsbereich
 - **Maßnahmen:** Terror und Drohungen
Verhaftungen
extrem hohe Ablieferungspflichten für selbständige Bauern
- **Handwerk**
 - Schaffung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH)
 - somit Zerschlagung traditioneller handwerklicher Strukturen
 - Folge: starke Unterversorgung



Die Krisen um Berlin und ihre Folgen

■ Staatsrechtliche Situation Berlins

- Berlin als Ganzes unter **Viermächteverwaltung**
 - keine Zugehörigkeit zur BR Deutschland bzw. DDR
 - bis 1961 offene Sektorengrenze zwischen West-Berlin und Ost-Berlin

Bedeutung West-Berlins:

- „Insel“ im DDR-Gebiet
- „Schaufenster“ und Symbol des freien Westens
- Schlupfloch für Flüchtende

■ Berlin-Ultimatum 1958

- **Forderung der Sowjetunion** (Chruschtschow):
 - Umwandlung West-Berlins in eine „Freie Stadt“
 - also rechtliche Selbständigkeit
 - Abzug der Westalliierten aus West-Berlin
 - Frist: ½ Jahr
- **Drohung:** Übertragung der sowjetischen Rechte über die Zufahrtswege nach Berlin an die DDR
- **Ablehnung** des Ultimatums durch die Westalliierten

Problem für die DDR:
Massenflucht → drohender wirtschaftlicher **Kollaps** durch Ausbluten

■ Bau der Berliner Mauer (13. August 1961)

- **Vorgang:**
 - hermetische Abriegelung West-Berlins durch Mauer, Stacheldraht, Panzersperren, später Minen
 - Vorbereitung und Durchführung: Erich Honecker
- **Folgen:**
 - Perfektionierung der Sperranlagen auch an der innerdeutschen Grenze
 - Schusswaffengebrauch gegen „Grenzverletzer“
 - „Republikflucht“ als Straftatbestand

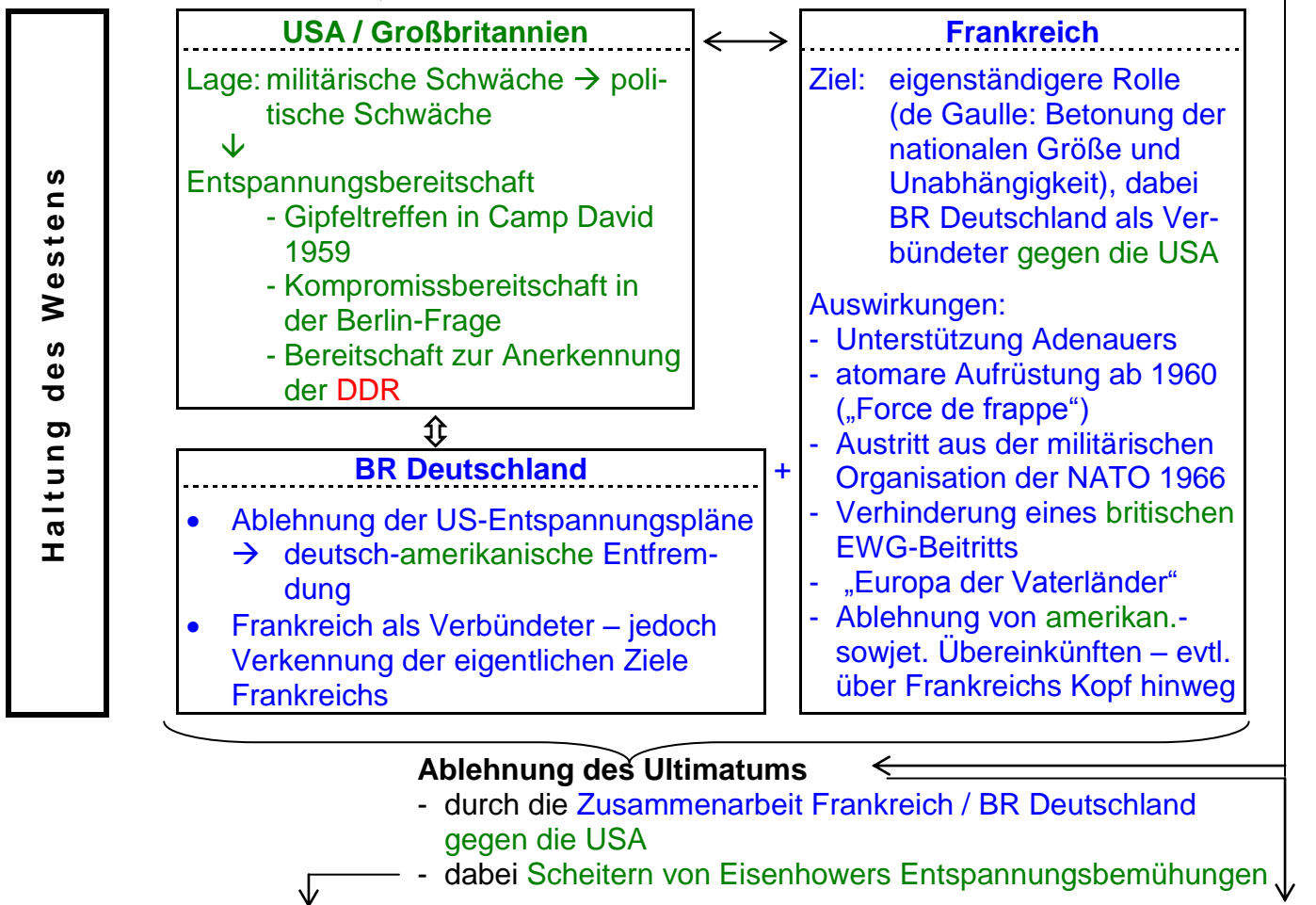
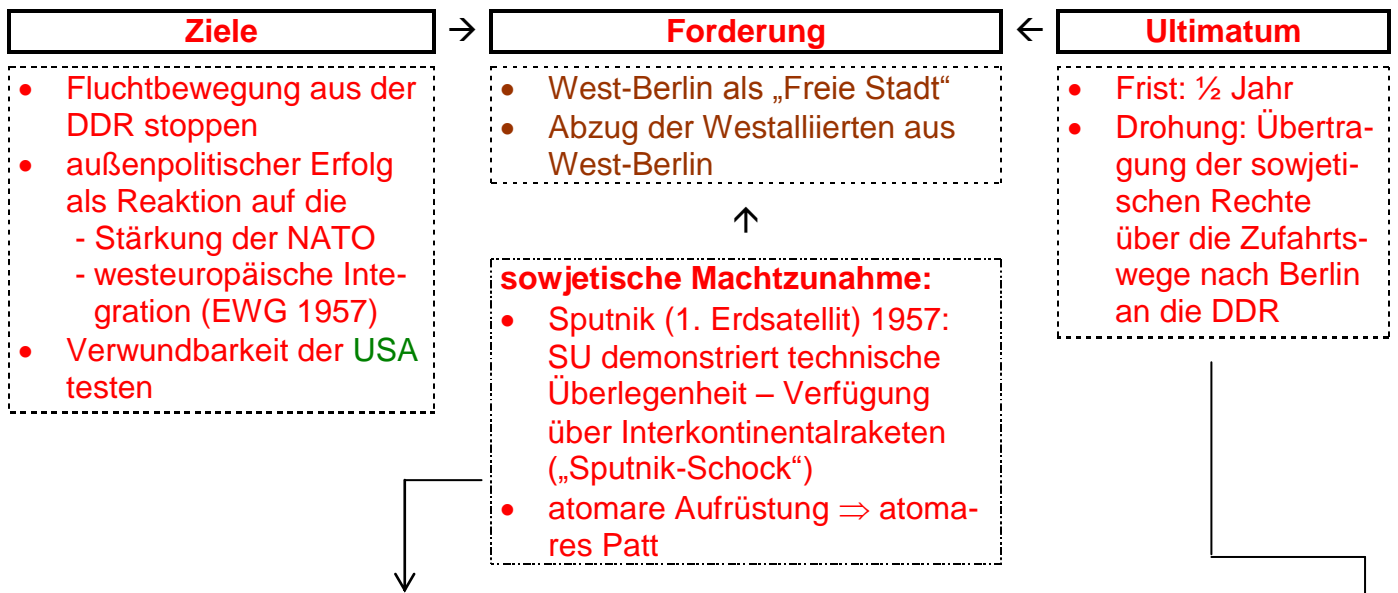
■ Folge des Mauerbaues: Konsolidierung der DDR

- **Mauerbau als Basis für die innere / wirtschaftliche Konsolidierung**
 - Fluchtbewegung wird gestoppt
 - Bevölkerung arrangiert sich zwangsläufig mit dem Staat
 - langsame Verbesserung des Lebensstandards
 - Wirtschaftsreform: **Neues ökonomischen System der Planung und Lenkung (NÖSPL)** 1963
 - Arbeitermitverantwortung → mehr Einsatz und Eigeninitiative
 - größerer Spielraum der Betriebe bei Material- und Kreditbeschaffung, Preisgestaltung, Absatz
 - Gewinnmöglichkeiten für Betriebe
 - Prämienzahlungen für Übererfüllung der Norm
- jedoch Rücknahme der meisten wirtschaftlichen Freiheiten („**Neues ökonomisches System**“ NÖS) 1965: verstärkt zentralistische Leitung

Wirtschaftsaufschwung durch größere Freiheiten, jedoch dadurch weitere Forderungen

Die Berlin-Krise und die Wandlungen im westlichen Bündnis (1958-61)

Sowjetisches Berlin-Ultimatum 1958



Umorientierung unter Kennedy

- Verstärkung d. konventionellen Rüstung
- Abkehr von der Strategie der massiven Vergeltung
- Drei „essentials“ bezüglich West-Berlin:
 - Präsenz der Westmächte
 - ungehinderter Zugang
 - Lebensfähigkeit durch wirtschaftliche Verflechtung mit der BR Deutschland

Mauerbau in Berlin (13. Aug. 1961)

- Folge:** keine westl. Gegenmaßnahmen (da keine Verletzung der drei essentials)
- Bedeutung:**
 - Festschreibung des Status quo (nach Scheitern des Berlin-Ultimatums) → Grundlage für späteren Ausgleich USA – Sowjetunion
 - Konsolidierung der DDR

Der Prager Frühling

■ Wandel in der Tschechoslowakei

- verzögerte Entstalinisierung (vgl. Sowjetunion 1956)
 - **Aufstieg von Alexander Dubček** an die Parteispitze
 - Vorreiter: **kulturelle Liberalisierung**
 - Theater, Literaturzeitschriften
 - Auflockerung der Abschottung gegen den Westen
 - später „Manifest der 2000 Worte“
 - **Wirtschaftsreform**
 - Lockerung der zentralen Preisfestsetzung
 - nur noch indirekte Planung
 - mehr Selbständigkeit für Betriebe
 - Möglichkeit kleinen Privateigentums
 - **politische Öffnung**
 - mehr Spielraum für Gewerkschaften
 - Abschaffung der Pressezensur
 - Demokratisierung von Partei und Staat
- Entstehung einer unabhängigen **Öffentlichkeit**,
Möglichkeit von **eigenem Denken**
- Konzept einer „**sozialistischen Marktwirtschaft**“ (Ota Šik)
- Schaffung eines „**Sozialismus mit menschlichem Antlitz**“
↓
Begeisterung bei der Bevölkerung in der Tschechoslowakei und zum Teil der DDR

■ Militärische Invasion des Warschauer Pakts (21. August 1968)

- **Truppeneinmarsch** (nicht der DDR-Volksarmee, jedoch deren Alarmbereitschaft)
 - kein Widerstand der Armee der Tschechoslowakei
 - „Moskauer Protokoll“
 - erzwungene **Rücknahme der Reformen**
 - dauerhafte **Stationierung sowjetischer Truppen**
 - vorläufig keine Absetzung der Reformer
 - später jedoch Ersetzung Dubčeks durch Husak, Parteisäuberungen, Verfolgung, Prozesse
- (nachträgliche) Rechtfertigung der Invasion durch die **Breschnew-Doktrin** (1968):
- zwar: Beachtung der Souveränität
 - aber: **Bedrohung des Sozialismus** durch „Kräfte des Imperialismus und der Reaktion“
 - Gefahr für die sozialistische Gemeinschaft
 - „militärische Hilfe für ein Bruderland“
- Insgesamt: **begrenzte Souveränität** der Staaten des Warschauer Pakts

■ Haltung der DDR-Führung

- **Ablehnung** des Reformprozesses in der Tschechoslowakei, machtbewusstes Auftreten der SED-Führung
- **Tätigkeit des MfS** gegen die Reformer
- Verschweigen der (von der Sowjetunion gegen den Willen Ulbrichts erzwungenen) militärischen Abstinenz
- **scharfes Vorgehen** gegen Sympathiebekundungen der DDR-Bevölkerung (besonders junge Leute), auch innerhalb der SED – später politisch ideologische Erziehung
- Mehrheit der Bevölkerung: teilnahmslos und ohnmächtig